

# Friedensregion Bodensee e.V.

## Newsletter Nr. 4

April 2020

Weiterleitung erwünscht!!!



## Inhalt

<b>Aktuelles: Ostermärsche abgesagt – dafür erscheint ein umfangreicher Newsletter</b>	<b>2</b>
<b>Aktuelles: Reden des abgesagten Ostermarsches und was wir stattdessen tun können</b>	<b>3</b>
Claudia Friedl	4
Theo Ziegler	6
Miriam Rizivi u. Claudia Haydt (in Newsletter 5)	
<b>Aktuelles: Ökonomische Verwerfungen: Schilderung des serbischen Ökonomen N. Katic</b>	<b>11</b>
<b>Aktuelles: Wo bleibt die europäische Solidarität?</b>	<b>13</b>
<b>Aktuelles: Unbegleitete Minderjährige auf Lesbos</b>	<b>13</b>
<b>Aktuelles: UN-Generalsekretär fordert Globalen Waffenstillstand</b>	<b>14</b>
<b>Aus dem Verein: Dr. Christian Harms (Vorstandsteam) stellt sich vor</b>	<b>15</b>
<b>Links</b>	<b>17</b>
<b>Impressum</b>	<b>17</b>

## Aktuelles: Ostermärsche abgesagt – dafür erscheint ein umfangreicher Newsletter

Liebe Leserinnen und Leser des FRB-Newsletters!



Auch wenn Corona in diesem Jahr die gemeinsamen Osterproteste nicht möglich gemacht hat, so werden doch in den Anrainerstaaten des Bodensees und deutschlandweit zwischen Gründonnerstag und Ostermontag zahlreiche Peace-Fahnen gehisst. Beachten Sie bitte auch den Aufruf zum virtuellen Ostermarch und die Anzeige der TAZ, die Sie im Anhang finden. Corona zeigt der Welt ganz deutlich, dass und wie die Menschheit zusammengehört und nur gemeinsam alle auftretenden Probleme lösen kann. Ein unkritisches Weiter-so darf es nicht geben. Sie werden die vorgesehenen Redebeiträge für Überlingen von Claudia Friedl und Theo Ziegler in diesem Newsletter lesen können. Die Beiträge von Miriam Rizivi und Claudia Haydt werden im nächsten Newsletter veröffentlicht. Die problematischen Zusammenhänge werden uns definitiv weiter beschäftigen, selbst wenn Corona auch noch dazugekommen ist!

Zusammenfassend kann man durchaus feststellen, dass der Umgang der politisch Verantwortlichen mit der Corona-Krise in Deutschland ein Stück weit die Überforderung der gewählten Repräsentanten mit dem Unplanbaren verdeutlicht. Denn dem Bundestag wurde bereits 2012 ein Krisenszenario vorgelegt, das die jetzigen Engpässe in der Versorgung des



medizinischen Sektors und der Bevölkerung mit Schutz-Ausrüstung und Desinfektionsmitteln bereits vorweggenommen hat: nachzulesen in der Bundestagsdrucksache 17/12051. Insbesondere zeigen die letzten Wochen unmissverständlich, dass es nicht die überbezahlten Manager sind, die „den Laden am Laufen halten“. Stattdessen sind es die oft unterbezahlten Pflegekräfte, Reinigungs- und Müllpersonal, sowie Verkäuferinnen, Verkäufer und LKW-Fahrer, die die

Versorgung der Bevölkerung mit überlebenswichtigen Dienstleistungen und Waren garantieren. Zahlreiche Meldungen seriöser Anbieter im Internet skizzieren jedoch die Befürchtung vieler Menschen, dass die Politik in Europa nach der Pandemie wohl doch nichts Wesentliches verändern wird. Dabei hatten unsere Politiker schon 2008/2009 mit dem Platzen der amerikanischen Immobilienblase versprochen, zukünftig verbesserte Regularien und Kontrollmechanismen für die unregulierten Finanzmärkte zu schaffen. Eine derartig weitreichende Krise des globalen Finanzsystems sollte es kein zweites Mal geben können, das „neoliberale Casino“ sollte entschleunigt, ja sogar geschlossen werden! Daraus ist bedauerlicherweise nichts geworden. Deshalb braucht niemand verwundert den Kopf zu

schütteln, dass es ernstzunehmende Ökonomen gibt, die die Corona-Krise lediglich als den sichtbaren Teil des globalen Problems begreifen.

Neben klassischen friedenspolitischen Themen und der notwendigen Kritik an der Rüstungsindustrie erfahren Sie in diesem Newsletter Wichtiges über unveränderte Entwicklungen im Finanz-Kapitalismus. Eines seiner Merkmale liegt fatalerweise darin, dass sich seine Auswirkungen auf die Realwirtschaft nicht unbedingt der Alltagslogik erschließen.

Die Friedensbewegung mit ihren unterschiedlichen politischen Ansätzen und Herangehensweisen ist deshalb gerade in Corona-Zeiten ein unverzichtbarer Akteur in der gesellschaftspolitischen Diskussion Deutschlands. Sie will, kann und muss das herrschende Narrativ weg vom sicherheitslogischen Denken hin zu friedenslogischen Denk- und Handlungsmustern verändern. Überlassen wir die Argumente nicht den politischen Parteien, sondern sorgen wir mit unserem Engagement dafür, dass sicherheitslogisches Denken nicht die Oberhand gewinnt. Wenn jeder nur auf sich und seine Vor- und Nachteile schaut, dann haben Solidarität, Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe keine Chance. Dabei leben wir geologisch betrachtet doch längst im Zeitalter des Anthropozäns, in dem nur noch eine einzige Frage von Bedeutung ist: Wie gelingt es dem Superorganismus Menschheit, sein Überleben auf dem Globus so zu organisieren, dass es alle schaffen können?

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf> (Gutachten der Bundesregierung über die Versorgungslage der Bevölkerung bei auftretenden Krisen für Bundestag und Bundesrat sowie alle Ministerien)

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern sowie ihren Familien unter diesen besonderen Bedingungen eine frohe, zugleich auch nachdenkliche Osterzeit.

Seien Sie herzlich begrüßt von Ihrer Friedensreferentin  
Martina Knappert-Hiese

\*\*\*\*\*

## Aktuelles: Reden des abgesagten Ostermarsches und was wir stattdessen tun können

OSTERMONTAG | 13. APRIL 2020 | IN ÜBERLINGEN

Internationaler Bodensee-Friedensweg  
**FriedensKlima**  
Abrüsten und Klima schützen

14:30 Bahnhofsplatz (Zimmerweiser) Überlingen:  
Musik, Begrüßung, Ankunft der Friedensaufenthalten

14:45 Auf Friedensspuren durch die Altstadt und zum See

15:15 Landungsplatz: Mit Klimageschäftigkeit schaffen wir Frieden  
Miriam Rizel, Gymnasistin, Sprecherin Klimazentrum  
Claudia Probst, Dr. sc. nat. ETH, Nationalratin SPÖ

15:45 Mastelhafer: Sicherheit ohne Waffen – 2040 kein Krieg  
Theodor Ziegler, Ev. Landeskirche Baden, Friedensbeauftragter

16:15 Abschluss auf der Hofstatt: Peace-Zoo des Friedens  
Gegen Politik mit Waffen – für ein Leben des Friedens  
Claudia Haydt, Informationswissenschaftlerin, Sprecherin DIE LINKE  
Infostände und Kaffeeke

17:00 Ende des BFW

QR-Code

Einzelheiten zum Programm unter:  
[www.friedensweg.de](http://www.friedensweg.de)  
07141 9111-1000  
07141 9111-1001

Internationaler Bodensee-Friedensweg

Aufgrund der globalen Covid-19-Infektion musste der Internationale Bodensee-Friedensweg in Überlingen abgesagt werden. Erst im kommenden Jahr wird es wieder eine solche Großveranstaltung geben – voraussichtlich am 06.04.2021 in Bregenz.

Stattdessen gibt es einen virtuellen Ostermarsch auf Youtube, wo Sie Reden u.a. von Jürgen Grässlin sowie Musik von Konstantin Wecker u.a. Künstlern hören können:

<https://www.youtube.com/watch?v=X25uvQnzZOY>

Auch mit diesem Link wünschen wir viel Freude:

<https://www.naturfreunde.de/warum-es-diesem-jahr-erstmal-einen-virtuellen-ostermarsch-gibt>

Wir wollen zudem von Gründonnerstag bis Ostermontag Flagge zeigen! Bitte hängen Sie die Peace-Fahne an Ihren Balkonen oder in Ihren Gärten oder an Garage und Carport auf. Und zwar so, dass sie vielen Menschen gesehen werden kann. Machen Sie Fotos und schicken Sie diese bitte an [frbfahrbach@aol.com](mailto:frbfahrbach@aol.com). Er wird ein Gesamtbild unserer Region anfertigen und veröffentlichen. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!



Wir sind sicher, dass sich an den problematischen Themen so schnell nichts ändert und der Zusammenhang von weiter zunehmenden ökologischen Beeinträchtigungen durch militärische Interventionen sowie deren Vorbereitung mit Manövern aufgezeigt werden muß. Die geplanten Reden bieten eine gute Einführung:

**Claudia Friedl, St. Gallen, Nationalrätin SP/SG, Mitglied Außenpolitische Kommission, Umweltwissenschaftlerin**

Nach einer Ausbildung am Lehrerseminar in Rorschach habe ich in den 80er Jahren Biologie an der Universität Zürich studiert und anschließend eine Dissertation an der ETH Zürich in Umweltnaturwissenschaften gemacht. 11 Jahre lang arbeitete ich für das Bundesamt für Umwelt. In 2002 verbrachte ich ein halbes Jahr in Westkenia, in einem Agrarprojekt von Biovision. Politisch aktiv wurde ich 1992, nach dem landesweiten Frauenstreik. Vier Jahre war ich im St. Galler Stadtparlament und 17 Jahre im St. Galler Kantonsrat. Seit 2013 bin ich nun im Nationalrat, wo ich seit Beginn weg der außenpolitischen Kommission und seit dieser Legislatur der Finanzkommission angehöre. Während meiner ganzen politischen Laufbahn standen für mich immer die Menschen und die Natur im Zentrum meines politischen Engagements.



**Ihr Redebeitrag:**

Ich finde es inakzeptabel, dass die reiche Schweiz sich nicht mehr für die Entwicklungsländer engagiert und gleichzeitig die Großkonzerne bei der Ausbeutung eben dieser Länder gewähren lässt. Jedes Jahr scheitern unsere Anträge, die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit aufzustocken, damit die Schweiz wenigstens auf einen Anteil von 0.5 % des Bruttonationaleinkommens kommt. Heute liegen wir bei rund 0.46 %. Von 0.7 %, wie andere reiche Länder, sind wir weit entfernt. Klimawandel und weltweiter Verlust der Biodiversität, Einhaltung der Menschenrechte und Stärkung der menschlichen Sicherheit, sowie eine stabile und partnerschaftliche Beziehung zur EU sind weitere Schwerpunkte meiner politischen Arbeit. Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit sind die Klammern um alles herum.

Nur mit Klimagerechtigkeit schaffen wir Frieden – Solidarität in der Corona-Katastrophe

Der Ostermarsch 2020 musste abgesagt werden. Wer hätte sich das vorstellen können, dass ein kleiner Virus die ganze Welt lahmlegen kann, Kontinent um Kontinent, Land um Land. Unsere Länder und alle umliegenden kämpfen gegen diese Krankheit, die bereits viele Tote gefordert hat. Auch wir leisten unseren Teil, indem wir uns nicht versammeln, sondern zu Hause bleiben. Corona bedroht aber nicht nur uns, sondern auch die Menschen in den Elendslagern auf den griechischen Inseln. Die Hilferufe hören wir schon längst, aber jetzt müssen wir endlich handeln. Die Menschen müssen aus diesen Lagern evakuiert werden, sonst droht eine gesundheitliche Katastrophe. Wir fordern deshalb unsere Regierungen auf, zusammen mit anderen europäischen Staaten, Griechenland in dieser Aufgabe zu unterstützen und zu entlasten, indem sofort MigrantInnen aus Griechenland aufgenommen werden. Es ist absolut dringend, sonst droht aus der schon länger dauernden humanitären Krise ein enormes Gesundheitsproblem zu werden.

Ob dieser akuten Gesundheitskrise ist das drängendste globale Thema, der Klimawandel, aus der Presse fast verschwunden. Aber die Brisanz ist geblieben. Denn die Erde kocht und wir heizen weiter kräftig ein. In der Schweiz, Deutschland oder Österreich verursacht eine Person durch ihren Konsum jedes Jahr zwischen 10.5 und 14 Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub>. Am anderen Ende der Liste sind die Länder des globalen Südens. Eine Person in Guinea oder Ruanda verursacht durch ihren Konsum weniger als 100 kg CO<sub>2</sub> pro Jahr. In fast allen Staaten Afrikas liegt der Wert weit unter einer Tonne pro Kopf. Das Problem: Der Klimawandel ist nicht gerecht. Die Industrieländer blasen nicht nur aktuell viel mehr CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre, sondern auch schon seit über hundert Jahre ununterbrochen.

Den Klimawandel haben wir in den Industrieländern verursacht, den müssen auch wir bekämpfen. Denn der Klimawandel ist nicht gerecht. Wir hier am Bodensee haben jetzt zwar weniger Schnee im Winter und längere Trockenphasen im Sommer. Das Wasser zuhause aus dem Wasserhahn fließt jedoch wann immer wir es benötigen. Ganz anders sieht es in den Ländern aus, die am wenigsten zur Klimaerhitzung beigetragen haben. Die Ernten verdorren, die Flüsse trocknen aus und die wenigen teilweise weit entfernten Wasserstellen bieten nur noch verschmutztes, abgestandenes Wasser, wenn überhaupt. Die Klimagerechtigkeit gibt es nicht. An jeder Konferenz werden von den größten Wirtschaftsböcken wie USA, China oder der EU schöne Reden gehalten, ohne je konkret zu werden, wie sie ihre Verantwortung wahrnehmen wollen.

Gerechtigkeit sucht man vergebens. Schlimmer noch, die ganze Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen hat zu einer weiteren Form des Kolonialismus geführt. Die Gewinne aus den Geschäften gehen nach wie vor in den Norden. Zudem herrscht bis heute nicht vollständige Transparenz darüber, wieviel Geld westliche Unternehmen direkt an die staatlichen Stellen zahlen, um Rohstoffe gewinnen und handeln zu können. Oft geht das Geld an korrupte Machthaber, die sich auf diese Weise am Volksvermögen bereichern. Korruption führt zu Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg. Die Bevölkerung bleibt in der Armut oder wird vertrieben. Wir fordern deshalb eine totale Transparenz über alle Zahlungen zwischen Unternehmen und staatlichen Stellen, insbesondere die Schweiz hinkt da deutlich hinterher. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Wollen wir globale Gerechtigkeit, müssen wir dafür sorgen, dass die Gewinne von heute jetzt bei der Bevölkerung ankommen.

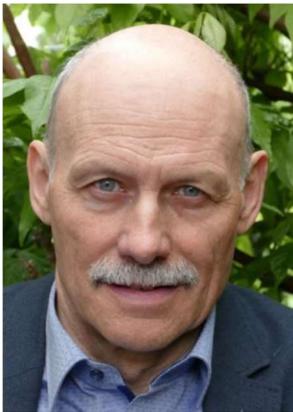
Klimagerechtigkeit heisst auch, dass die Industrieländer die am Pariser Gipfel versprochene finanzielle Unterstützung von jährlich 100 Milliarden Dollar den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen. Damit können die Länder Massnahmen ergreifen um selber die Treibhausgase zu vermindern und notwendige Anpassungen an den Klimawandel vorzunehmen. Bereits drückt sich z.B. die Schweiz davor und nimmt die versprochenen

Millionen aus der Kasse der Entwicklungshilfe. So war das aber nicht gemeint. Das Geld war versprochen als zusätzliche Unterstützung.

Die Länder des Südens brauchen Unterstützung beim Ausbau von erneuerbaren Energien. Mit Solaranlagen kann rasch auch in entlegenen Gebieten ein Fortschritt erzielt werden. Davon könnten Frauen besonders profitieren, weil der Zugang zu Informationen und Bildung einfacher wird, weil sie strenge Arbeiten durch elektrische Maschinen erledigen können, weil bei elektrischem Licht viele Arbeiten einfacher erledigt werden können.

Die Klimagerechtigkeit kommt nicht von allein. Wenn wir nichts tun, leidet der ärmere Süden deutlich mehr als wir. Wasserknappheit und Ernährungssicherheit werden noch mehr Bedeutung bekommen. Wenn wir uns für die Klimagerechtigkeit einsetzen, dann können wir Verbesserungen erzeugen. Dann können wir dafür sorgen, dass die Kriege um das Öl nicht zu Kriegen um das Wasser werden. Dann können wir dafür sorgen, dass Entwicklung und Sicherheit zunehmen. Dazu braucht es Solidarität zwischen Norden und Süden.

Der **Religionspädagoge Dr. Theodor Ziegler**, Jg. 1953, ist Mitglied im Leitungskreis des Forums



Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden sowie Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule in Freiburg. Seine Dissertation war zum Thema „Motive und Alternativentwürfe christlicher Pazifisten“. Er ist einer der Initiatoren des friedensethischen Prozesses in der badischen Landeskirche und des daraus resultierenden Szenarios „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik.“

Im November 2019 wurde ihm der Friedenspreis der Freiburger INTA-Stiftung verliehen.

Dr. Theodor Ziegler, 7 impasse du saule, F 68600 Algsolheim,

Tel. (dt. Netz) 015203737877 E-Mail: [zieglertheodor@posteo.de](mailto:zieglertheodor@posteo.de)

### **„Sicherheit neu denken – Ab 2040 keine Bundeswehr mehr!“ Von Dr. Theodor Ziegler, Forum Friedensethik in der Ev. Landeskirche Baden (FFE)**

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens!

Bei einer Info-Veranstaltung zu Defender 2020 Anfang März führte der Referent detailliert aus, dass 37.000 Soldaten beteiligt sein werden, dass das Ganze zig Millionen kosten wird, dass für 3,7 Mrd. Euro in den nächsten Jahren Verstärkungen an Straßen, Brücken und Tunneln notwendig werden und dass damit der russischen Führung die stärksten Argumente für die eigene Aufrüstung geliefert werden. Als ein Zuhörer fragte, was denn im Blick auf die Ängste der Menschen im Baltikum alternativ gemacht werden könnte, wusste der Referent keine Antwort. Militärkritik ist wichtig – an Manövern, an Waffen aller Art, von den Atombomben in Büchel bis zu den Handfeuerwaffen aus dem Ländle. Wichtig ist die Kritik an Rüstungsexporten, an militärischen Auslandseinsätzen, an Kinder-soldaten usw. **Es darf jedoch nicht bei der Kritik bleiben.** Wir dürfen uns nicht in Kritikritualen einrichten. **Wir sind es der Öffentlichkeit schuldig, aufzuzeigen, wie eine wirkliche Friedenspolitik ohne Militär aussehen soll und wie diese realisiert werden kann.** Wenn wir eine Alternative haben, wird unsere Militärkritik plausibler, dann können die vielen Mitmenschen, die zwar auch keinen Krieg wollen, aber das Militär mit Bauchschmerzen für notwendig erachten, auf andere Gedanken kommen: „**Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik.**“ So heißt das Szenario, das eine Expertengruppe im Auftrag der badischen Landeskirche erstellt hat und das eine neue sicherheitspolitische Perspektive aufzeigt. 1

Wer etwas erreichen will, setzt sich erstens ein **klares ZIEL** und überlegt, bis wann er dieses erreicht haben möchte. Das Zweite ist dann der **PLAN** für die Schritte und Maßnahmen, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 haben die Vereinten Nationen das **Ziel** formuliert: Künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, heißt es in der UN-Charta. Und im 1949 beschlossenen Grundgesetz lautet der Auftrag für Deutschland, dem Frieden in der Welt zu dienen. Schauen wir die Welt an, dann sind wir diesem Ziel leider nicht nähergekommen. Im Gegenteil, die führenden Atomwissenschaftler haben die Doomsday-Clock, die Weltuntergangsuhr, die symbolisch anzeigen soll, dass es fünf vor zwölf ist, dieses Jahr auf 100 Sekunden vor zwölf vorgestellt. Wir schlittern immer mehr an militärischen Katastrophen entlang mit der Tendenz zu einem atomaren Armageddon. Und **unsere politischen Führungen haben keine Visionen von einer entmilitarisierten Welt**. Im Gegenteil: Das „Bekanntnis zu Bundeswehr und Nato“ gilt nach wie vor als Eintrittskarte für die bundespolitische Entscheidungsebene. Die VerteidigungsministerInnen Deutschlands, Frankreichs und Spaniens haben vor einem Jahr den Auftrag für neue Kampfflugzeuge erteilt, die dann im Jahr 2040 ausgeliefert werden sollen, Kosten über 100 Mrd. Euro. Das heißt, diese Damen und die vielen Herren **denken nicht im Traum daran, auf die Fähigkeit zum Kriegführen 2 zu verzichten**. Aus der Perspektive dieser militärischen Sicherheitslogik sehen sie die Problemursachen immer bei den anderen Staaten, außerhalb der Nato: Bei den Russen, bei den Chinesen und bei den Islamisten und Ayatollahs. Damit diese in Schach gehalten werden können, bedarf es noch mehr Rüstung. Und deshalb liefert man auch Waffen an Diktaturen, nach dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund, und adelt diese Schurkenstaaten mit dem Begriff des strategischen Partners.

Betrachtet man diese sogenannte militärische Friedenssicherung aus Sicht der Vernunft, der Humanität, der Ökonomie, der Ökologie, dann muss man sagen: **Militär ist nicht zielführend, sondern kontraproduktiv!** Es erzeugt noch mehr Kriegsgewalt und vor allem, es widerspricht unserem Grundgesetz, wo es heißt: „die Würde des Menschen ist unantastbar“, und jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Militärische Sicherheitspolitik ist darüber hinaus übrigens eine große Geldvernichtungsmaschine und ein sehr großer Klimaschädling. Davon ist an anderer Stelle dieses Bodensee-Friedenweges ausführlicher die Rede.

Wenn man sich all dessen bewusst ist, ist es **höchste Zeit, friedenslogisch zu denken**: Wenn das **Ziel** der Frieden sein soll, wie müssen dann **DIE NÄCHSTEN SCHRITTE** dorthin aussehen? In dem Szenario „Sicherheit neu denken“ gehen wir davon aus, dass Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz eine untrennbare Einheit bilden. Wir haben deshalb **fünf Pfeiler, Arbeitsfelder oder PLAN-Schritte** benannt, **auf denen eine zivile Sicherheitspolitik aufgebaut** werden muss.

Der **erste Pfeiler** ist, dass wir uns für **faire Wirtschaftsbeziehungen** engagieren. Wenn Menschen einen auskömmlichen Lohn erhalten, müssen sie sich nicht auf die Flucht begeben. Hier sei das Engagement des Entwicklungsministers Gerd Müller für ein Lieferkettengesetz positiv erwähnt. Das **Zweite** sind **partnerschaftliche Beziehungen** zu den EU-Anrainerstaaten in **Nordafrika, Nahem Osten und zu Russland**. Gerade, dass wir versuchen, Russland ebenbürtig zu behandeln, als Sicherheitspartner ernst zu nehmen, ist eine wichtige Voraussetzung für eine dringend notwendige Entspannungspolitik. Der **dritte Pfeiler** ist eine **internationale Sicherheitsarchitektur, die anstelle von Militärbündnissen auf eine internationale Polizei setzt**.

Frage: Wie wäre die Weltgeschichte weiter verlaufen, wenn US-Präsident Bush 2001 nicht zum War on Terror aufgerufen hätte, sondern die UNO gebeten, eine Internationale Polizeieinheit aus allen Mitgliedsstaaten aufzubauen, die die Urheber des Anschlags auf das

World-Trade-Center mit polizeilichen Mitteln sucht und dingfest macht. Der „War on Terror“ mit den bis heute andauernden Kriegen in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien war äußerst kontraproduktiv, er hat ein Hundertfaches der dreitausend Toten in New York zur Folge gehabt. Die nun von Russland und Türkei gemeinsam aufgestellten Patrouillen zur Waffenstillstandskontrolle in der syrischen Provinz Idlib zeigt in die Richtung einer internationalen Polizei.

Der **vierte** Pfeiler einer zivilen Friedenspolitik ist die **Friedensbildung**. So wie wir alle in der Schule das Alphabet und das Einmaleins lernen, müssen wir auch grundständig lernen, wie man Konflikte gewaltfrei, zivil regeln kann. Da gibt es erfreulicherweise schon ganz viel, was die Schülerinnen und Schüler lernen, was an **Mediation** in Schulen und auch bei innergesellschaftlichen Konflikten praktiziert wird. Das gilt es noch viel mehr auszubauen und vor allem auch über die Landesgrenzen hinaus anzuwenden. Wie wäre es, wenn an jeder deutschen Auslandsbotschaft nicht wie bisher ein Offizier als Militärattaché eingesetzt wäre, sondern eine **Friedensfachkraft**, die aufkommende Konflikte rechtzeitig erkennen und internationale Mediatoren ins Spiel bringen kann? Warum haben wir ein Verteidigungsministerium, aber kein **Friedensministerium** oder zumindest eine/n Staatsminister/in für Friedensarbeit im Auswärtigen Amt?

Der **fünfte** Pfeiler ist die **Rüstungskonversion**. Wenn von der Regierung keine Rüstungsaufträge mehr erteilt werden, wissen die Firmen am besten selber, was sie an Sinnvollem produzieren können. Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr können Verwendung finden bei der **internationalen Polizei**, bei einem dringend nötigen internationalen **Technischen Hilfswerk** und beim Internationalen Roten Kreuz sowie im **Umweltschutz**. Wenn Deutschland seiner gestiegenen Verantwortung als wirtschaftlich starkes Land nachkäme, könnten wir dank zahlreicher ziviler Alternativen **im Jahre 2040 auf die Bundeswehr verzichten**. Und das als erstes Land in Europa! 3 Dieses Szenario muss kein schöner Traum bleiben. **Fast alle großen deutschen Friedensorganisationen haben sich im vergangenen Jahr zu einer Kooperation für eine Zivile Sicherheitspolitik zusammengeschlossen:** Von der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner, die katholische Friedensbewegung Pax Christi, Ohne Rüstung leben, die IPPNW (Ärzte gegen den Atomtod) bis hin zu kirchlichen Arbeitsstellen. Sie wollen sich für den Aufbau dieser zivilen Alternative zum Militär stark machen. Und die badische Landeskirche hat zunächst einmal für fünf Jahre einen Koordinator (Ralf Becker) dieser Kooperation angestellt.

In unserer Demokratie bedarf es für eine solche Veränderung in der Sicherheitspolitik einer **Bundestagsmehrheit**. Deshalb ist es nun eine der nächsten Aufgaben, dieses Szenario einer zivilen Sicherheitspolitik bei den Leuten möglichst breit bekannt zu machen. Daher gehen wir unter anderem auch auf die Straße, ähnlich den Fridays.

Also: Sprechen Sie darüber in Ihrer Familie, in Ihrer Friedensgruppe, in Ihrem Verein, in Ihrer Partei, in Ihrer Gewerkschaft, in Ihrer Kirchengemeinde. Wenn Sie wollen, laden Sie Leute von unserer Initiative als Referent/innen ein. Die nächste Gelegenheit, die wir auf jeden Fall wahrnehmen sollten, ist der nächste **Bundestagswahlkampf**, voraussichtlich im Herbst des nächsten Jahres. Es wäre schon ein großer Erfolg, wenn Bundestagsabgeordnete, auch die, die sich weiterhin „zu Bundeswehr und Nato bekennen“, wenigstens dafür sich aussprechen, die Möglichkeiten einer zivilen Sicherheitspolitik durch vom Bundestag in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studien erforschen zu lassen.

Ob wir **das Ziel einer zivilen Sicherheitspolitik im Jahre 2040 erreichen** werden, weiß ich nicht – es könnte erst später oder auch schon früher sein. Ich weiß nur: **wenn wir heute damit beginnen, werden wir dieses Ziel erreichen!** Denn auch die Sklaverei, die Todesstrafe, die Monarchien galten lange Zeit als unüberwindbar und die Atomenergie galt als unersetzlich –

heute wissen wir, wenn sich Menschen engagiert für etwas einsetzen, können sie etwas zum Besseren verändern. Auch dass die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie von der übergroßen Mehrheit der Bundesbürger mitgetragen werden, zeigt: Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Jetzt, wo unser eigenes Leben bedroht ist, sind wir aktiv geworden. Als es um die Menschen in fernen Ländern ging, war diese Betroffenheit noch nicht da. Doch im Grunde ist die militärische Bedrohung nicht geringer als die der Pandemie.

Deshalb mein **Appell an Sie**: Setzen Sie sich in Ihrem Umfeld für eine zivile Sicherheitspolitik ein. Weisen Sie bei jeder militärkritischen Veranstaltung, für die es gerade rings um den Bodensee allen Grund gibt, auf dieses zivile Alternativkonzept hin. Vielleicht können Sie auch in Österreich und in der Schweiz Menschen finden, die in ihrem Land für eine zivile Sicherheitspolitik eintreten. Wir planen in diesem Jahr in der Bodensee-Region mehrere Veranstaltungen zu diesem Szenario.

Den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft sei ein Zitat des Philosophen Richard David Precht an die Hand gegeben: **Wer etwas verändern will, setzt sich Ziele, wer nichts verändern will, sucht Gründe.** Weitere Infos unter folgenden Links:

[https://www.ekiba.de/html/content/download\\_bestellen\\_bersetzungen.html](https://www.ekiba.de/html/content/download_bestellen_bersetzungen.html)  
<https://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=197848> (Kurzfassung zum Download)  
Bestellung des ca. vierteljährlichen Newsletters bei: [Ralf.Becker@ekiba.de](mailto:Ralf.Becker@ekiba.de)  
Siehe auch dessen Kurzvideo (2:18 Min) <https://www.youtube.com/watch?v=YDvLhWxoilM>  
Bestellmöglichkeit des Szenariobuches (9,95 € inkl. Porto): [Elisabeth.Russy@ekiba.de](mailto:Elisabeth.Russy@ekiba.de)

## Anhang

**Alternativen zum Militär sind notwendig ...**

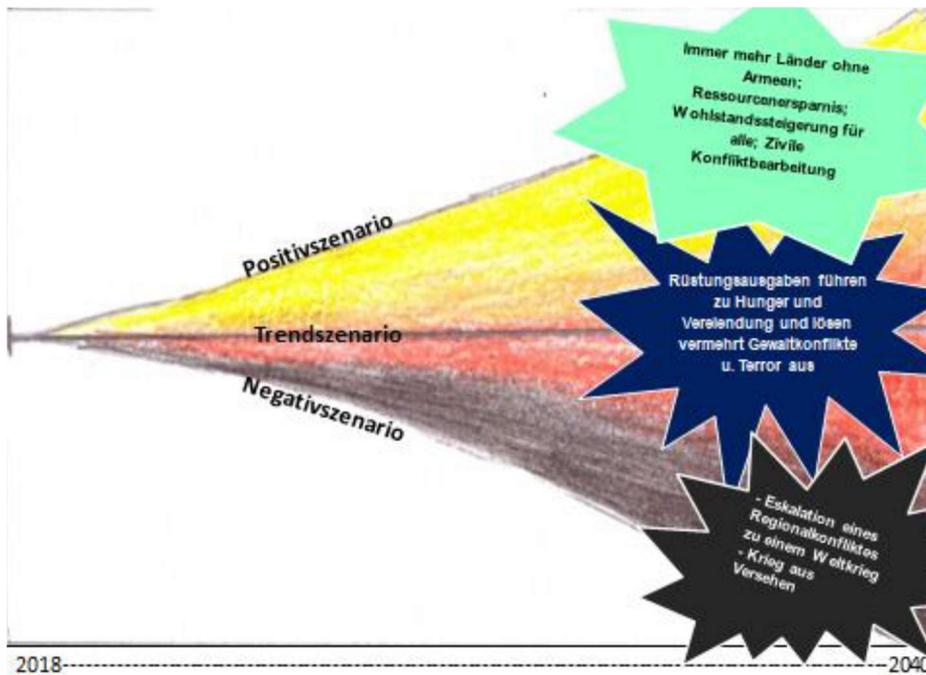
- ... weil die modernen Waffen Kriege aus Versehen entstehen lassen können.
- ... weil die Gefahr der Eskalation regionaler Konflikte besteht.
- ... weil wir in der militärischen Verfügbarkeitsfalle stecken.
- ... weil Militär gegen Terror machtlos ist und weitere terroristische Gewalt hervorruft.
- ... weil schon die Vorhaltung des Militärs tötet (Ressourcenvergeudung und ökologische Katastrophe – siehe Ralf Cüppers in ZC 1/2020 S. 26 ff.)
- ... weil Rüstung die Flucht vor einer gerechten Welt, vor einem fairen Miteinander ist.
- ... weil militärische Gewalt nicht mit humanen Werten kompatibel ist.

Grafik 1

<small>militärische</small> <b>Sicherheitslogik</b>		<b>Friedenslogik</b> = zivile Sicherheitslogik
Bedrohung, Gefahr, Unsicherheit	Problem	Gewalt, die bevorsteht oder bereits stattfindet
durch Andere/von außen	Problementstehung	komplexe Konflikte
Selbstschutz und Abwendung	Problembearbeitung	kooperative Problemlösung mit allen Konfliktpartnern
Vorrecht (eigener) nationaler Interessen	Rechtfertigung des eigenen Handelns	Anwendung von Menschenrechten und Völkerrecht
keine Selbstkritik, sondern Steigerung des militärischen Einsatzes oder Rückzug	Reaktion bei Misserfolg	offene Reflexion des bisherigen Vorgehens; Einräumung von Problemen und Fehlern, Suche nach gewaltfreien Alternativen

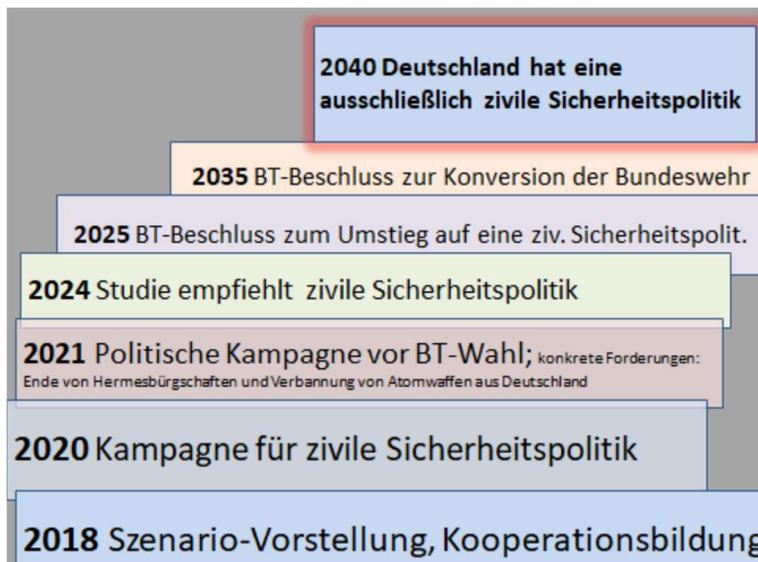
Grafik 2

### Szenario



Grafik 3

### Sicherheit NEU denken. Die Schritte bis 2040



Grafik4

\*\*\*\*\*

## Atuelles: Ökonomische Verwerfungen – Schilderung des serbischen Ökonomen N. Katic

*Der folgende Artikel wurde von einem Ökonomen verfasst, der eine sehr viel kritischere Perspektive auf die ökonomischen Abläufe einnimmt, als es z.B. bundesdeutsche Ökonomen tun. Wenn viele Deutsche Corona doch auch als potentielle Chance hinsichtlich einer wünschenswerten Entschleunigung begreifen, dann passiert das wohl nur deshalb, weil in Deutschland die Lebensverhältnisse im Vergleich zu anderen europäischen und Welt-Regionen überdurchschnittlich positiv sind. Die Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Balkan haben häufig gravierende Probleme, ihren Alltag gut zu gestalten. Lesen Sie also den folgenden Bericht nicht nur durch Ihre eigene bundesdeutsche Brille, sondern denken Sie sich einmal in unsere südost-europäischen Nachbarn hinein.*

Auch wenn es abwegig klingen mag, für die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen im Westen **ist Covid 19 ein Geschenk des Himmels. Die Pandemie wird verheerende wirtschaftliche Folgen haben.** Aber auch ohne sie **war eine große Wirtschaftskrise unvermeidlich.** Der Beginn der Krise hatte sich bereits im September 2019 deutlich gezeigt. Die Pandemie wird jetzt dazu dienen, diese Tatsache zu vertuschen und unbequeme Fragen unter den Tisch zu kehren.

So wird man für die neue Krise nicht das Wirtschaftsmodell der westlichen Staaten verantwortlich machen, das nach der großen Rezession 2008/2009 nicht ein Jota geändert wurde. Für die Krise wird man nicht die brutale Sparpolitik bei den öffentlichen Haushalten verantwortlich machen, nicht die Stagnation der Einkommen beim größten Teil der Beschäftigten, nicht das schamlose Wegsehen angesichts der **erschreckenden Zunahme der Ungleichheit.** Nein, mit dem System ist alles in Ordnung. Es war das Virus, das die Idylle zerstört hat.

Die westlichen Staaten und alle anderen, die sich diese Staaten zum Vorbild nehmen, werden **eine Ausrede** haben, um wenigstens noch ein Jahrzehnt ihre **zerstörerische Wirtschafts- und Sozialpolitik** weiterzuführen. Bis zum Äußersten wird man austesten, bis wie weit es die verwirrte Bevölkerung hinnimmt, wenn ihr eingeredet wird, dass der Sinn des Lebens nur noch darin besteht, **zu überleben.** Nicht zufällig wird systematisch eine Hysterie betrieben, die die Welt in einen Zustand kollektiver Psychose geführt hat, in der jegliches totalitäre Experiment ohne Auflehnung hingenommen wird.

Alle großen Wirtschaftskrisen vom Triumph des Neoliberalismus in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute hatten die gleiche Ursache, **einen starken Anstieg der Verschuldung** sowohl bei Bürgern als auch Staat und Wirtschaft. Im 2. Halbjahr 2019 hat die Summe der weltweiten Verschuldung unglaubliche 350.000 Milliarden Dollar erreicht und **320 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts überschritten.** Beide Ziffern liegen weit über dem Niveau von 2008, das damals eine Krise von fürchterlichem Ausmaß hervorgerufen hat.

Bereits seit einem Jahrzehnt wird das System nur noch mit kurzfristigen Maßnahmen am Laufen gehalten. **Ununterbrochen wird Geld gedruckt** und die Zinsen auf einem absurd niedrigen Niveau gehalten, wie es das in der modernen Geschichte nicht gegeben hat. **Alte Schulden werden mit neuen Schulden beglichen.** Der nicht zu verkraftende Anstieg der Unternehmensverschuldung ist dabei, das Finanzsystem zu zerstören. Im September 2019 hatte in den USA eine ernste Liquiditätskrise eingesetzt. Sie hat zu zusätzlichem Gelddrucken im großen Umfang geführt. Fachwelt, internationale Organisationen und globale Medien

haben so getan, als ob sie nicht sehen würden, was vor sich geht. **Dann kam das Virus.** Im Unterschied zu den vorherigen Krisen, die Nachfragekrisen waren, ist die Krise heute gleichzeitig eine **Nachfrage- und Angebotskrise, weil ein großer Teil der Wirtschaft (insbesondere der Dienstleistungssektor) zum Erliegen gekommen ist.** Das ist eine Kombination, die man nur bei Sanktionen und Kriegen vorfindet.

In diesem Augenblick planen die westlichen Staaten – als Beginn – **einige weitere Tausend Milliarden Dollar zu drucken.** Diese zusätzliche gewaltige Geldemission wird niemand hinterfragen. Niemand wird stutzig werden, wieso in Krisen problemlos Geld auftaucht und warum davon immer genügend vorhanden ist, sobald Banken und Großunternehmen in Schwierigkeiten geraten. **Geld ist stets genügend für Rüstung, Kriegsübungen, brutale Militärinterventionen vorhanden. Für soziale Leistungen, medizinische Ausrüstung, für die Gehälter der Mitarbeiter im Gesundheitswesen, für wissenschaftliche Forschung und Bildung fehlt dagegen das Geld.** Die westlichen Systeme glänzen, wenn es darum geht, Finanzderivate zu „produzieren“, Geräte zum Zeittotschlagen in sozialen Netzen und für die Produkte zur Gehirnwäsche aus Hollywood. Wenn es erforderlich ist, sich um die Menschen zu kümmern, wenn Schutzmasken, Beatmungsgeräte, Kapazitäten für die Krankenhäuser, Arzneimittel oder irgendwelche andere wirklichen Güter gebraucht werden, versagen sie. Sobald die Pandemie vorbei ist und man die Toten zählt, werden neue, dieses Mal **wirtschaftliche Opfer**, an der Reihe sein. Mit den finanziellen Maßnahmen **wird man die großen Banken und Konzerne retten**, alle anderen aber werden **einen großen Schock** erleben. Die Arbeitslosigkeit wird schlagartig nach oben springen und am härtesten die verletzlichsten Teile der Bevölkerung treffen – die Millionen, die keine Gesundheitsfürsorge haben, keine soziale Absicherung und keine Ersparnisse, sondern nur Schulden. **Die Opfer der Verarmung wird niemand zählen.** Man wird auch nicht für diejenigen, die wegen der Armut erkranken und versterben, täglich Newsletter veröffentlichen.

Die kleinen und schwachen Volkswirtschaften werden durch die Krise erneut ins Unglück gestürzt. Das Kapital, das sich bereits aus den Entwicklungsländern zurückzieht, wird noch schneller abziehen. Die schwachen Volkswirtschaften werden in die Knie gehen, weil ihre Möglichkeiten nicht dazu ausreichen, ihrer Wirtschaft zu helfen. Niemand wird eine Bemerkung darüber verlieren, **dass die mächtigen Staaten**, die ihre Unternehmen mit Tausenden von Milliarden subventionieren, **die Pandemie zum Vorwand nehmen**, um die Spielregeln des internationalen Handels rücksichtslos zu zerstören – dieselben Regeln, die sie selbst aufgestellt hatten.

Dann werden die reichen Staaten und der IMF **Hilfe in Form von Krediten** anbieten und den bereits verschuldeten Staaten **eine weitere Schuldenschlinge um den Hals legen.** Für die neu gedruckten PapierDollar oder PapierEuro werden die schwachen Länder in noch verstärktem Maße reale Güter – Waren, Werte und Ressourcen hergeben müssen. Einheimische Fachleute, die von Kleinstaaten und Freihandel schwärmen, werden erklären, dass von **Ausplünderung** hier nicht die Rede sein kann. Vielmehr würde der Westen seine unter Mühsal erworbenen Ersparnisse investieren. Unglückliche und unfähige Regierungen werden auf die alten Tricks hereinfallen und denselben Beratern ihr Vertrauen schenken. **Und die Bürger werden glücklich sein, dass sie „überlebt“ haben** und den Kopf noch auf den Schultern tragen, auch wenn ihr Magen leer ist.

Die guten Seelen, die glauben, dass die Virus-Krise uns etwas lehren wird und die Welt eine Katharsis, einen Reinigungsprozess durchläuft, täuschen sich. **Nach der Pandemie wird die Welt noch grausamer sein.**

Quelle: <https://nkatic.wordpress.com/2020/03/31/what-happens-after-the-pandemic-published-in-serbian-daily-politika-on-25-3-2020/>

\*\*\*\*\*

## **Aktuelles: Wo bleibt die europäische Solidarität?**

Den ausführlichen Bericht, der zudem auf Deutsch veröffentlicht ist, finden Sie auf einer äußerst interessanten Webseite zur deutschen Außenpolitik: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8233/>

Hier die Kurzfassung:

Die Bundesregierung stemmt sich mit aller Macht gegen die Forderung nach der Einführung sogenannter Coronabonds im Kampf gegen die einsetzende dramatische Wirtschaftskrise. "Coronabonds" werden vor allem von südlichen Euroländern, ganz besonders von Italien, gefordert, um ihre Zinslast zu erleichtern; Berlin hingegen lehnt sie - wie bereits vor Jahren im Kampf gegen die Eurokrise - dezidiert ab, da sie seine niedrige Zinslast steigen ließen. Letztlich könnte dadurch das wirtschaftliche Übergewicht Deutschlands in der EU ein wenig zurückgehen; die Bundesregierung sucht dies mit allen Mitteln zu verhindern. Im Konflikt darum kam es am vergangenen Donnerstag bei einer Videokonferenz der EU-Staats- und Regierungschefs beinahe zum Eklat. Hatte die EU-Kommission Berichten zufolge zunächst die Einführung von "Coronabonds" wohl befürwortet, so hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen inzwischen beigestrichelt. Erleichterungen lässt Berlin in Brüssel nur zu, wo es selbst Regeln brechen will - konkret bei der zulässigen Neuverschuldung.

Bitte unterstützen Sie auch diese Petitionen der Europäischen Bürgerbewegung Finanzwende und der Plattform We Move EU: <https://www.finanzwende.de/kampagnen/europaeisch-handeln-spekulation-jetzt-ausbremsen/?L=0>  
[https://act.wemove.eu/campaigns/coronabonds-DE?utm\\_source=civimail-29637&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=20200403\\_DE](https://act.wemove.eu/campaigns/coronabonds-DE?utm_source=civimail-29637&utm_medium=email&utm_campaign=20200403_DE)

Weitere Infos finden Sie unter folgenden Links:

<https://www.swp.de/wirtschaft/vorgehen-der-eu-in-der-corona-krise-wirtschaft-kommen-was-sind-corona-bonds-44845336.html> (interessanter Artikel der Ulmer Südwest-Presse, der die Bedeutung sog. Corona-Bonds erklärt)  
<https://www.wallstreet-online.de/nachricht/12369057-bonds-ex-aussenminister-fischer-plaedert-corona-bonds> (Ex-Außenminister Fischer ist für Corona-Bonds und erläutert, was in einer globalen Krise erforderlich ist)

\*\*\*\*\*

## **Aktuelles: Unbegleitete Minderjährige auf Lesbos**

Online-Petitionen sind u.U. ein geeignetes Mittel, der Politik „Dampf“ zu machen. Die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln ist schrecklich: Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass die Versorgung mit Trinkwasser herabgesetzt wurde. Die Essensration für Kinder und Jugendliche wurde auf nur 1000 Kilokalorien am Tag reduziert. Noch ist das Corona-Virus in den Lagern nicht ausgebrochen. Doch angesichts der Überfüllung und Enge und der fehlenden hygienischen und medizinischen Versorgung könnte ein Ausbruch von Covid-19 dort zum Todesurteil für tausende Menschen werden.

Erst vor zwei Wochen hatte Deutschland zugesagt, in einer "Koalition der Willigen" mit anderen EU-Staaten 1.500 besonders schutzbedürftige Menschen aus den Flüchtlingslagern

aufzunehmen. Doch wegen der Corona-Krise ist alles in Verzug geraten. Luxemburg schert sogar wieder aus der "Koalition der Willigen" aus. Dabei sind die Menschen in den Lagern jetzt mehr denn je auf unsere Solidarität angewiesen. **Die Mission Lifeline e.V. hat die Hilfsmission "Charterflug Lesbos-Berlin für Kinder und Mütter" gestartet.** Es ist alles finanziert und vorbereitet, um die ersten 50 bis 100 Menschen auszufliegen. **Was fehlt, ist nur noch die Genehmigung der Bundesregierung. Hier können wir helfen!**

Schreiben Sie auch Ihren Abgeordneten, Ihren Kirchenvertretern und Prominenten, die Sie kennen, und fordern Sie sie auf, sich öffentlich für die Genehmigung der Bundesregierung einzusetzen! Hier finden Sie die Listen mit Ihren Abgeordneten im Bundestag und in der EU und einen Textvorschlag für die Mail: <https://mission-lifeline.de/start-und-landeurlaubnis/>

Wir unterstützen einen Antrag der Bunten Liste im Lindauer Stadtrat, 50 unbegleitete Minderjährige vor Ort aufzunehmen und informieren Sie im nächsten Newsletter über weitere Einzelheiten.

Ursula von der Leyen hatte allerdings am 03.04. in der Tagesschau bekannt gegeben, dass die Europäischen Staaten sich bereits darauf geeinigt hätten, 1600 unbegleitete Minderjährige aus Griechenland aufzunehmen. Wie lange das noch dauert, wüsste sie nicht. Schon am 05.04. wurde in gleicher Sendung berichtet, dass die Länder sich eben doch noch nicht über den Verteilungsschlüssel einig geworden sind. Die Mühlen der Politik mahlen langsam, auch wenn eine positive Entscheidung schon getroffen wurde, die u.a. auch auf den durch Petitionen geäußerten Bürgerwillen zurückzuführen sein dürfte.

Bitte beteiligen Sie sich weiter an der Campact Petition von Dr. Renate Vestner-Heise und teilen Sie den Link auch weiter in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis: <https://weact.campact.de/petitions/1-000-unbegleitete-minderjahrige-fluchtlinge-aus-griechenland-aufnehmen>

Folgende informative Artikel über die Migrationspolitik der EU sind aus einem unabhängigen Online-Magazin und sehr zu empfehlen:

<https://www.migazin.de/2020/04/02/fluechtlingscamp-moria-jeder-tag-corona/>  
<https://www.migazin.de/2020/04/01/sachverstaendige-griechischen-inseln-droht-humanitaere-katastrophe/>  
<https://www.migazin.de/2020/03/18/organisationen-warnen-vor-coronavirus-in-fluechtlingslagern/>

\*\*\*\*\*

## **Aktuelles: UN-Generalsekretär fordert Globalen Waffenstillstand**

Als ein weiteres Beispiel für einen echten friedenslogischen Appell möchten wir auf den Aufruf von Antonio Guterres hinweisen. Bitte beteiligen Sie sich an der Petition des Netzwerkes Avaaz, das Guterres Wortlaut für seine Petition übernommen hat.

„**Unsere Welt steht vor einem gemeinsamen Feind: COVID-19.** Das Virus macht keinen Unterschied zwischen Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit, Gruppierung oder Glauben.

Es greift alle an, unerbittlich. **Währenddessen wüten bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt.** Die Schwächsten – Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, Marginalisierte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis. Sie sind auch am stärksten gefährdet, verheerende Verluste durch COVID-19 zu erleiden. **Wir dürfen nicht vergessen, dass in den vom Krieg verwüsteten Ländern die Gesundheitssysteme zusammengebrochen sind.** Die ohnehin schon wenigen Gesundheitsfachkräfte sind häufig betroffen. Flüchtlinge und andere durch gewaltsame Konflikte vertriebene Personen sind doppelt gefährdet. Die Wut des Virus veranschaulicht den Irrsinn des Krieges. **Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt auf.“**

*UN-Generalsekretär António Guterres*

**UNTERZEICHNEN**

[https://secure.avaaz.org/campaign/de/global\\_ceasefire\\_loc/?bQiWyab&v=124580&cl=16949888081&checksum=692075ade04198e7d911921361bea7ce1698add586bd199a0273c865b57fa401&signup=1](https://secure.avaaz.org/campaign/de/global_ceasefire_loc/?bQiWyab&v=124580&cl=16949888081&checksum=692075ade04198e7d911921361bea7ce1698add586bd199a0273c865b57fa401&signup=1) (Webseite des Avaaz-Netzwerkes, falls Sie dort noch nicht registriert sind und der pinke Button nicht funktioniert)

<https://unric.org/de/guterres-aufruf-zu-einem-globalen-waffenstillstand/> (Webseite der Vereinten Nationen zur Forderung von Guterres)

<http://www.ipb.org/wp-content/uploads/2020/03/IPB-Erkl%C3%A4rung-23.03.pdf> (Aufruf des internationalen Friedensbüros an die G20, anstatt in Militär in das Gesundheitswesen zu investieren)

<https://www.change.org/HealthcareNotWarfare> (Bitte unterzeichnen Sie auch diese Petition des internationalen Friedensbüros, mit der die Forderungen an die G20 umgesetzt werden sollen)



Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, dass wir gemeinsam politisch Wichtiges bewirken können. Alle Kinder dieser Welt haben einen Ausblick verdient wie diejenigen, die am Bodensee aufwachsen.

\*\*\*\*\*

## **Aus dem Verein: Dr. Christian Harms (Vorstandsmitglied) stellt sich vor**

Ich bin Schriftführer in unserem Verein Friedensregion Bodensee e.V. Geboren 1949 in Hamburg, wuchs ich jedoch bis zum 13. Lebensjahr in Bogotá / Kolumbien auf, wo ich bis zur 8. Klasse auf die Deutsche Schule „Colegio Andino“ ging. In Kolumbien lebend, lernte ich authentisch Reichtum und Armut neben einander kennen, also unverdeckt schreiende soziale Ungerechtigkeit. Außerdem gab es schon damals das, was „Violencia“ genannt wird, die bis

heute noch nicht richtig überwunden ist! Zunächst für soziale Gerechtigkeit Kämpfende wurden oft selber unkontrolliert gewalttätig, durch Rauschgiftkartelle korrumpiert, dann im Widerstreit mit Regierungskräften stehend und von Großgrundbesitzern gesteuerten paramilitärischen Kräften bekämpft. Die mächtige katholische Kirche, selber mit viel Grundbesitz und Kapitalwerten versehen, war und ist sehr häufig mit den Wohlhabenden und Mächtigen des Landes verbandelt.

Meine Mutter war recht sozial eingestellt und tolerant, uns so pflegte sie Kontakte auch zu minderbemittelten Einheimischen, wie etwa die Dienstmädchen und deren Familien und Freunde. Dabei erfuhr sie und somit auch ich, wie ungerecht diese Menschen häufig behandelt wurden, wie schwer sie es hatten, besonders wenn sie sich für (soziale) Gerechtigkeit einsetzten. Wer der Regierung und dem System kritisch gegenüberstand, galt gleich als „Kommunist“ und wurde deswegen verfolgt und erst recht schlecht behandelt (wie in den USA). Dies alles hat mich von Kindheit an sehr geprägt. Ich konnte schon damals nicht verstehen, weswegen Menschen nicht in Frieden miteinander leben können und so ungleich behandelt werden.



Statt Karl May las ich Albert Schweitzer, A.v.Humboldt, Berichte über die Natur, über Menschen in anderen Ländern und Kontinenten (von Sven Hedin; Heinrich Harrer, aus Tibet uvm.) und über den kolumbianischen Priester Camilo Torres (von German Guzman). Dieser Priester setzte sich mit guten Ideen zur Selbsthilfe von Frauen in ländlichen Gebieten und im Bergland ein und für die weitläufige Alphabetisierung dieser Bevölkerungsteile. Als sich zunehmend großartiger Erfolg einstellte, wurde er von Industriellen und damit von politischen Kreisen verfolgt. Er ging in den Untergrund und wurde von Regierungstruppen erschossen. Nach der

Lektüre des Buches war ich innerlich zutiefst erschüttert und auch wütend.

Während meiner Berufstätigkeit als Radiologe (mit FK Nuklearmedizin) in einer Radiologischen Praxis in Stuttgart bis 2000, dann bis 2014 in Böblingen, mit Familie und zwei Kindern, war ich leider derart von allem absorbiert, dass an Aktivitäten etwa in einem Friedensverein nicht zu denken war. Ich nahm mir allerdings immer die Zeit, politisch und allgemein medial informiert zu sein. Seit 1962 lebe ich (bis auf 4 Jahre Studienzeit in Berlin) in Baden-Württemberg.

Vor über 12 Jahren lernte ich meine jetzige Frau kennen, die schon sehr viele Jahre am Lehenhof im Bodenseeraum arbeitete und in Unteruhldingen lebte. So lag es nahe, als Rentner in die schöne Seeregion zu ziehen, wo wir seit 2014 zusammenleben und seit 2016 in Überlingen. Ich lernte in dieser Zeit den Kollegen Bernd Wipper kennen, über den ich Mitglied bei „Keine Waffen vom Bodensee“ wurde, nachdem mich die Berichte über den unglaublichen Rüstungscluster am Bodensee zutiefst erschüttert hatten. Dies war gleichzeitig das Fanal, sich von da an verstärkt der Friedensarbeit zu widmen. Vorher schon war ich Mitglied bei IPPNW geworden. In diesem Zusammenhang setzte ich mich im letzten Jahr in Überlingen im Stadt-Gemeinderat initiativ für den ICAN-Städteappell zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag ein. Mit Hilfe von Ulf Janicke und Marga Lenski (LBU/Die Grünen) hat der Gemeinderat mit großer

Mehrheit Anfang März dieses Jahres beschlossen, sich dem genannten Städteappell anzuschließen!

Eine zunächst sehr kleine Gruppe traf sich im Übrigen vor gut 5 Jahren regelmäßig, um über Friedensaktivitäten aus dem Verein Keine Waffen vom Bodensee heraus zu beraten, **für den Frieden**, zu der ich auch schon gehörte. Der Kreis vergrößerte sich zusehends, es bildete sich der Arbeitskreis Friedensregion Bodensee, der bis heute meistens monatlich zusammenkommt. Aus diesem heraus kam es schließlich im Juni vorigen Jahres zur Gründung der Verein „Friedensregion Bodensee“ e.V.“. Über die Aktivitäten im Arbeitskreis und die des Vereins ist in den vorausgegangenen ersten Newslettern schon berichtet worden.

Es gibt reichlich zu tun. Insbesondere möchte ich mich dafür einsetzen, dass immer mehr Menschen erkennen, dass ein Paradigmenwechsel erforderlich ist, weg vom Sicherheitsdenken mittels (Über)Macht durch militärische und wirtschaftliche Stärke hin zu Konfliktlösungen mit zivilen Mitteln, am besten mittels Konfliktprävention, z.B. durch soziale Gerechtigkeit, gerechtes Wirtschaften. Die jährlich weltweiten Ausgaben für Militär und Waffen sowie Kriegsführung von über 1½ Billionen Dollar sind alleine schon unter dem zunehmenden Bedrohungsszenario für Mensch und Mitwelt durch die Klimakrise, ja -katastrophe, indiskutabel, unmoralisch und unethisch und sprechen für selbstzerstörerisch wirksame Ignoranz. Ich wünschte und erhoffte mir allerdings, dass sich bald zunehmend junge und jüngere Menschen finden, die mitmachen. Vielleicht auf ihre ganz eigene (moderne) Weise.

\*\*\*\*\*

## Links

zu alternativen Medien

[www.rubikon.news](http://www.rubikon.news)

[www.zeitpunkt.ch](http://www.zeitpunkt.ch)

[www.kenfm.de](http://www.kenfm.de).

[www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

\*\*\*\*\*

## Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der  
Friedensregion Bodensee e.V.,  
Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese,  
Altmanweg 8, 88079 Kressbronn,  
Mail: [friedensregion-bodensee@posteo.de](mailto:friedensregion-bodensee@posteo.de)  
Telefon: 07543/547343



Unsere Webseite: <https://www.friedensregion-bodensee.de/>

Hier finden Sie auch die bisherigen Ausgaben des Newsletters zum Download.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse. Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen. Wir verweisen auf die DSGVO auf unserer Homepage und verwenden Ihre Mailadresse ausschließlich zum internen Gebrauch.